

Die Rechtsgrundlagen dieses Planes und seines Verfahrens sind:

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.September 2004 (BGBI. I S.2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 11.06.2013

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungs-verordnung -BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBI. I S. 132),

zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. I. S. 1548). Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung 1990 - PlanzV 90) vom 18.12.1990 (BGBI. 1991 I S.58) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBI. I S.

Gesetz über Naturschutz und Landespflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29.Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetz vom 07.08.2013 (BGBI. I S. 3154).

Gesetz zur Sicherung des Naturhaushalts und zur Entwicklung der Landschaft (Landschaftsgesetz LG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.07.2000 (GV.NW. S. 568), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 16.03.2010 (GV.

Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen - Landesbauordnung (BauONW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.03.2000 (GV.NRW. S. 256, zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.03.2013 (GV. NRW. S. 142). Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14.Juli 1934

(CV. NRW. S.666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetz vom 09.04.2013 (GV. NRW.S.194) und daraus folgende Satzungen. Alle nachfolgend angegebenen Gesetzesstellen entsprechen dem obigen

§ 9 (1) Nr. 1, 2, 4, 10, 11, 12, 13, 15, 21, 24, 25a u. b § 9 (6) und (7) BauGB, §§1(4), 16 (5) BauNVO

Maß der baulichen Nutzung

Grundflächenzahl / GRZ

Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze

H max 200,0m max. zulässige Gebäudehöhe ü. Normalhöhennull

Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen und Stellplätze §9 (1) Nr. 4 BauGB

Straßenverkehrsfläche

Straßenbegrenzungslinie

Flächen für Versorgungsanlagen

Versorgungsanlage, Elektrizität

Geh-, Fahr- und Leitungsrecht

mit einem Leitungsrecht zu Gunsten des Erft-Verbandes zu belastende Flächen

mit einem Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zu Gunsten

der Grundstückseigentümer zu belastende Flächen

öffentliche Grünfläche, Verkehrsgrün

Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von

Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

Erhalt von Einzelbäumen

Anpflanzung von Einzelbäumen

Umgrenzung von Flächen, die von Bebauung frei zu halten sind §9 (1) Nr. 10 u. (6) BauGB

§9 (1) Nr. 24 BauGB

Lärmpegelbereich III

Lärmpegelbereich ****

Teilflächen einzelner Emissionskontingen

Richtungssektore

Kennzeichnungen und sonstige Planzeichen

Hauptabwasserableitung, unterirdisch

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzunger

Abgrenzung des räumlichen Geltungsbereiches des

Planungsrechtliche Festsetzungen

Art der baulichen Nutzung § 9 (1) Nr. 1 BauGB

Sondergebiet (§ 11 BauNVO) Das Sondergebiet SO "Büro und Verwaltung" dient der Unterbringung von Büro- und Verwaltungsgebäuden. Diese können durch Seminar- und Schulungsgebäude, technische Einrichtungen im Zusammenhang mit der Büro- und Verwaltungsnutzung wie Rechenzentren, Forschungsstätten und Lagerräume ergänzt werden.

> Mischgebiet (§ 6 BauNVO) Gemäß § 1 (5) und (9) BauNVO wird für das gesamte Mischgebiet

a) Großflächige Einzelhandelsbetriebe (VK > 800m²) sind unzulässig. b) Einzelhandelbetriebe mit Verkaufsflächen für den Verkauf an Endverbraucher sind nicht zulässig, sofern sich das Kernsortiment aus zentren- oder nahversorgungsrelevanten Sortimenten der unter Punkt 1.3 aufgeführten "Meckenheimer Liste" gemäß dem

und Zentrenkonzept zusammensetzt.

c) Vor dem Beschluss zur Aufstellung dieses Bebauungsplans bestandskräftig genehmigte Betriebe mit Verkaufsflächen für Sortimente der Warengruppe (WZ 2008) 47.2 Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren,

Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, 47.71 Bekleidung, 47.72 Schuhe, Lederwaren und Reisegepäck sind einschließlich einer Erweiterung um maximal 10 % der

Ratsbeschluss vom 22.10.2008 über das Einzelhandelsstandorte-

Sortimente 10 % der Verkaufsfläche des jeweiligen Betriebes nicht Verkaufsfläche zulässig. überschreiten. d) Eine Ergänzung des zulässigen Sortiments durch einzelne Warenklassen oder Warenarten der "Meckenheimer Liste" unter 1.3 g) Tankstellenshops sind bis zu einer Verkaufsfläche für zentrenrelevante und nahversorgungsrelevante Randsortimente bis zu ist ausnahmsweise unbedenklich, wenn der Antragsteller einer Größe von 150 m² zulässig. nachweist, dass von dem ergänzten Sortiment keine schädlichen

Auswirkungen i. S. des § 11(3) BauNVO ausgehen. 1.2.1 Gliederungsbereich MI 1

Geschäfts- und Bürogebäude,

a) in Anwendung der § 6 (2) BauNVO sind allgemein zulässig: Gewerbebetriebe aller Art, Lagerhäuser und öffentliche Betriebe - Geschäfts- und Bürogebäude, Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude,

b) in Anwendung der §§ 1 (5), (6) und (9) BauNVO sind folgende Nutzungen nicht zulässig bzw. nicht Bestandteil des Bebauungsplans: - sonstige Gewerbebetriebe Gartenbaubetriebe,

Vergnügungsstätten nach § 6 (2) Nr. 8 und (3) BauNVO,

a) in Anwendung der § 6 (2) und § 1 (4) Nr. 1 BauNVO sind allgemein

Einzelhandelsbetriebe (I1.2 bleibt unberührt), Schank- und

- Anlagen für Verwaltungen sowie für kirchliche, kulturelle,

Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie

Betriebsinhaber und Betriebsleiter, die dem Gewerbebetrieb

zugeordnet sind und ihm Gegenüber der Grundfläche und

Nutzungen nicht zulässig bzw. nicht Bestandteil des Bebau-

b) in Anwendung der §§ 1 (5) und (6) Nr. 2 BauNVO sind folgende

Vergnügungsstätten nach § 6 (2) Nr. 8 und (3) BauNVO,

Gemäß § 1 (5) und (9) BauNVO wird für das gesamte Gewerbegebiet

a) Großflächige Einzelhandelsbetriebe (VK > 800 m²) sind unzulässig.

b) Einzelhandelbetriebe mit Verkaufsflächen für den Verkauf an

47.2 Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren, Facheinzelhandel

aus 47.75 Drogerieartikel (ohne kosmetische Erzeugnisse und

47.41 Datenverarbeitungsgeräte, periphere Geräte und Software

aus 47.51 Haushaltstextilien (z.B. Haus- und Tischwäsche), Kurz-

aus 47.53 Heimtextilien (Gardinen, Dekorationsstoff, Vorhänge,

aus 47.54 Elektrische Haushaltsgeräte und elektrotechnische

aus 47.59.9 Haushaltsgegenstände (nicht elektrische Haushaltsgeräte,

47.62.1 Fachzeitschriften, Unterhaltungszeitschriften und Zeitungen

aus 47.64.2 Sportartikel (Sportbekleidung, Sportschuhe, Sportgeräte)

47.78.3 Kunstgegenstände, Bilder, kunstgewerbliche Erzeugnisse,

aus 47.51 Bettwaren (u. a. Matratzen, Lattenroste, Ober- und Unterdecken) 47.52.1 Metall- und Kunststoffwaren (u. a. Schrauben und -zubehör,

Kleineisenwaren, Bauartikel, Dübel, Beschläge, Schlösser

und Schlüssel, Installationsbedarf für Gas, Wasser, Heizung

und Klimatechnik, Bauelemente aus Eisen, Metall und

Leitern, Lager- und Transportbehälter, Spielgeräte für

Kunststoff, Werkzeuge aller Art; Werkstatteinrichtungen,

Garten und Spielplatz, Drahtwaren, Rasenmäher)

47.52.3 Anstrichmittel, Elektroinstallationszubehör, Bau- und Heim-

aus 47.54 elektrische Haushaltsgeräte - Großgeräte (u. a. Herde,

aus 47.59.9 Holz-, Kork-, Flecht- und Korbwaren (u. a. Drechslerwaren, Korbmöbel, Bast- und Strohwaren), Kinderwagen

aus 47.76.1 Pflanzen, Saatgut und Düngemittel (u. a. Baumschul-, Topf-

aus 47.59.9 Bedarfsartikel für den Garten, Gartenmöbel, Grillgeräte

47.59.1 Wohnmöbel, Kücheneinrichtungen, Büromöbel

Kühlschränke, Spülmaschinen und Waschmaschinen)

Briefmarken, Münzen und Geschenkartikel

Spülmaschinen und Waschmaschinen)

47.59.2 keramische Erzeugnisse und Glaswaren 47.59.3 Musikinstrumente und Musikalien

aus 47.59.9 Lampen, Leuchten und Beleuchtungsartikel

47.62.2 Schreib- und Papierwaren, Schul- und Büroartikel

für Bekleidung und Wäsche ohne Bettwaren

waren. Schneidereibedarf. Handarbeiten sowie Meterware

Erzeugnisse (ohne Großgeräte wie Herde, Kühlschränke,

Koch-, Brat- und Tafelgeschirre, Schneidwaren, Bestecke)

Endverbraucher sind nicht zulässig, sofern sich das Kernsortiment

aus zentren- oder nahversorgungsrelevanten Sortimenten der

- Bordelle und bordellartige Einrichtungen

und Zentrenkonzept zusammensetzt.

mit Nahrungsmitteln

Parfümerieartikel)

47.42 Telekommunikationsgeräte

47.43 Geräte der Unterhaltungselektronik

dekorative Decken)

47.63 bespielte Ton- und Bildträger

47.65 Spielwaren Bastelartikel

47.78.2 Foto- und optische Erzeugnisse

Bekleidung

aus 47.76.1 Schnittblumen

47.78.1 Augenoptiker

WZ 2008 Bezeichnung

47.77 Uhren und Schmuck

Nicht-zentrenrelevante Sortimente

werkerbedarf

aus 47.53 Tapeten und Bodenbeläge, Teppiche

aus 47.64.2 Campingartikel und Campingmöbel

47.64.1 Fahrräder, Fahrradteile und -zubehör

47.72 Schuhe, Lederwaren und Reisegepäck

47.74 medizinische und orthopädische Artikel

aus 47.75 kosmetische Erzeugnisse und Parfümerieartikel

Nahversorgungsrelevante Sortimente

WZ 2008 Bezeichnung

Zentrenrelevante Sortimente

WZ 2008 Bezeichnung

47.61.0 Bücher

47.71

soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke,

Bordelle und bordellartige Einrichtungen

Speisewirtschaften sowie Betreiber des

- Sonstige Gewerbebetriebe

Beherbergungsgewerbes,

- Geschäfts- und Bürogebäude,

Baumasse untergeordnet sind.

1.2.3 Gliederungsbereich MI 3

ungsplans:

1.3 Gewerbegebiet (§ 8 BauNVO)

- Wohngebäude

Gartenbaubetriebe,

Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, die dem Gewerbebetrieb Einzelhandelsbetriebe, Schank- und Speisewirtschaften sowie zugeordnet und ihm gegenüber in Grundfläche und Baumasse Betreiber des Beherbergungsgewerbes, untergeordnet sind. Anlagen für Verwaltungen sowie für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke

c) in Anwendung des § 1 (5) und (9) BauNVO sind folgende Nutzungen nicht zulässig: Vergnügungsstätten nach § 6 (2) Nr. 8 und (3) BauNVO, Lagerplätze, - Bordelle und bordellartige Einrichtungen Tankstellen,

1.2.2 Gliederungsbereich MI 2 Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche a) In Anwendung der § 6 (2) BauNVO sind allgemein zulässig: Vergnügungsstätten, Wohngebäude,

Bordelle und bordellartige Einrichtungen. - Anlagen für Verwaltungen sowie für kirchliche, kulturelle, 1.3.2 Gliederungsbereich GE 2 / GE 3 (§ 8 BauNVO)

soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke a) in Anwendung des § 8 (2) und § 1 (4) BauNVO sind folgende b) In Anwendung der §§ 1 (5), (6) und (9) BauNVO sind folgende Nutzun-Nutzungen zulässig: gen nicht zulässig bzw. nicht Bestandteil des Bebauungsplans: Betriebe und Anlagen, die nach ihrem Störungsgrad im Misch-- Sonstige Gewerbebetriebe

gebiet zulässig sind, Lagerhäuser und öffentliche Betriebe, Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude, Einzelhandelsbetriebe (I1.2c bleibt unberührt), Anlagen für sportliche Zwecke Schank- und Speisewirtschaften sowie Betreiber des Beherbergungsgewerbes,

Tankstellen nur innerhalb des GE 2-Gebiets. b) in Anwendung des § 8 (3) und § 1 (4) BauNVO sind folgende Nutzungen ausnahmsweise zulässig:

> Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, die dem Gewerbebetrieb zugeordnet und ihm gegenüber in Grundfläche und Baumasse untergeordnet sind, - Vergnügungsstätten nur innerhalb des GE 2-Gebiets

c) in Anwendung des § 1 (5) und (9) BauNVO sind folgende Nutzungen

und Beetpflanzen, Weihnachtsbäume, Blumenbinderei-

erzeugnisse, Blumenerde, Blumentöpfe)

47.79 Einzelhandel mit Antiquitäten und Gebrauchtwaren

c) Vor dem Beschluss zur Aufstellung dieses Bebauungsplans

47.64.2 Sportartikel (Sportbekleidung, Sportschuhe, Sportgeräte)

d) Eine Ergänzung des zulässigen Sortiments durch einzelne

e) Zulässig sind Verkaufsstätten von produzierenden und weiterver-

Großflächigkeit nach § 11 Abs. 3 nicht überschritten wird.

) Zentrenrelevante Sortimente sind als Rand- oder Ergänzungs-

a) in Anwendung des § 8 (2) BauNVO sind folgende Nutzungen

b) in Anwendung des § 8 (3) BauNVO ausnahmsweise zulässig sind:

Anlagen für sportliche Zwecke

kungen im Sinne des § 11 (3) BauNVO ausgehen.

bestandskräftig genehmigte Betriebe mit Verkaufsflächen für

sind einschließlich einer Erweiterung um maximal 10 % der

Warenklassen oder Warenarten der vorstehenden Liste ist

ausnahmsweise unbedenklich, wenn der Antragsteller nachweist,

dass von dem ergänzten Sortiment keine schädlichen Auswir-

arbeitenden Betrieben sowie Handwerksbetrieben wenn die

Verkaufsfläche dem Hauptbetrieb räumlich zugeordnet ist und in

betrieblichem Zusammenhang errichtet wird und dem Hauptbetrieb

flächenmäßig deutlich untergeordnet ist und die Grenze der

sortiment zulässig, sofern diese dem nicht-zentrenrelevanten

Kernsortiment sachlich zugeordnet und die Verkaufsfläche dieser

47.76.2 Zoologischer Bedarf und lebende Tiere

Sortimente der Warengruppen (WZ 2008)

47.64.1 Fahrräder, Fahrradteile und -zubehör,

Verkaufsfläche zulässig.

1.3.1 Gliederungsbereich GE 1

nicht zulässig: Lagerplätze, Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche

Bordelle und bordellartige Einrichtungen.

Maß der baulichen Nutzung § 9 (1) Nr. 1 BauGB

Das Maß der baulichen Nutzung ist durch die Grundflächenzahl (GRZ), die Geschossflächenzahl (GFZ), die Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze sowie durch die maximal zulässigen Gebäudehöhen

2.2 Die Höhen baulicher Anlagen dürfen das im Bebauungsplan festgesetzte Maß nicht überschreiten.

Garagen und Stellplätze, Nebenanlagen § 9 (1) Nr. 4 BauGB

Garagen und Nebenanlagen nach § 14 (1) BauNVO sind ausschließlich innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig. Sie müssen vor ihrer Einfahrt einen Stauraum von mindestens 5 m aufweisen

Stellplätze im Sondergebiet sind ausschließlich in der festgesetzten überbaubaren Grundstücksfläche sowie in den festgesetzten Stellplatzflächen (St1 und St2) zulässig; in den St2- Flächen jedoch ausschließlich ebenerdig. § 9FStrG (Fernstraßengesetz) bleibt unberührt.

nachfolgenden aufgeführten "Meckenheimer Liste" gemäß dem Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Ratsbeschluss vom 22.10.2008 über das Einzelhandelsstandorte-Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft § 9 (1) Nr. 20 BauGB

4.1 Flachdächer oder flach geneigte Dächer von Neubauten mit mehr als 200m² Grundfläche bis max. 20 Grad Dachneigung sind mit einer standortgerechten Vegetation mindestens extensiv zu begrünen. Die Stärke der Substratschicht muss im Mittel 10 cm betragen. Die Ausführung muss der FLL-Dachbegrünungsrichtlinie, Ausgabe 2008 entsprechen. Von der Dachbegrünung ausgenommen sind verglaste Flächen und technische Aufbauten. Diese Ausnahme gilt nicht für Dachflächen unterhalb von aufgeständerten Fotovoltaikanlagen.

4.2 Nicht überbaute Flächen innerhalb der Baugrundstücke sind durch Einsaat oder Pflanzmaßnahmen gärtnerisch anzulegen. Die Arten sind aus der Pflanzenliste "Laubbäume" und "Sträucher" unter 6.5 zu wählen. Wiesenflächen sind mit autochthonem Saatgut (Regiosaatgut) der Zone

Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umweltauswirkungen § 9 (1) Nr. 24 BauGB i.V. mit § 1 (4) Nr. 2 BauNVO

der Tabelle bzw. die unter 5.1.2 angegebenen Emissionskontingente

Lärmkontingentierung 5.1.1 In den in der Planzeichnung dargestellten Teilflächen des Plangebiets sind Betriebe und Anlagen zulässig, deren Geräusche die in nachfolgen-

weder tags (06:00 Uhr bis 22:00 Uhr) noch nachts (22:00 Uhr bis 06:00 Uhr) überschreiten. Teilfläche Emissionskontingente L_{EK} in dB(A)

5.1.2 Für den in der Planzeichnung dargestellten Richtungssektor A erhöhen sich die Emissionskontingente L_{EK} tags und nachts jeweils um 6 dBA. Die Prüfung der Einhaltung erfolgt nach DIN 45691 (Geräuschkontingentierung, Dezember 2006).

5.1.3 Erstreckt sich die Grundstücksfläche eines Vorhabens über mehrere Teilflächen oder über Bruchteile von Teilflächen, so ist das Vorhaben zulässig, wenn der sich ergebende Beurteilungspegel nicht größer ist, als die Summe bzw. der Anteil der sich aus den Emissionskontingenten ergebenden Immissionskontingente. Passiver Lärmschutz

Bezüglich der nachfolgend verwendeten Begriffe und Verfahren wird auf die DIN 4109 "Schallschutz im Hochbau", November 1989 (herausgege-

R`wres aufweisen:

B²): Büroräume u.ä.

Lärmpegel- maßgebl. Außen-

heim, Amt 61 Stadtplanung, Liegenschaften) verwiesen. Zum Schutz vor Außenlärm sind für Außenbauteile von Aufenthaltsräumen bei Wohnungen mit Ausnahme von Küchen, Bädern und Hausarbeitsräumen - unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Raumarten oder Raumnutzungen die Anforderungen der Luftschalldämmung einzuhalten. Die mindestens erforderlichen resultierenden Schalldämmmaße für die Außenbauteile ergeben sich aus den in der Planzeichnung gekennzeichneten Lärmpegelbereichen bzw. deren räumlicher Ausrichtung. Nach außen abschließende Bauteile von schutzbedürftigen Räumen sind

ben vom Deutschen Institut für Normung, Berlin, zu beziehen über den

Beuth Verlag GmbH 10772 Berlin oder einzusehen bei der Stadt Mecken-

so auszuführen, dass sie die folgenden resultierenden Schalldämmmaße

A1: Aufenthaltsräume in Wohnungen, Übernachtungsräume in Beherbergungsstätten, Unterrichtsräume u. Ähnliches.

5.2.2 In Räumen, die überwiegend zum Schlafen benutzt werden und in schutzbedürftigen Räumen mit Sauerstoff verbrauchender Energiequelle

ist durch den Einbau von schallgedämmten Lüftungseinrichtungen für ausreichende Belüftung zu sorgen. 5.2.3 Eine Reduzierung der festgesetzten Schallschutzmaßnahmen ist im Einzelfall entsprechend den Vorgaben der DIN 4109 zulässig, sofern im

Baugenehmigungsverfahren anhand einer schalltechnischen Unter-

suchung an den betroffenen Fassadenteilen niedrigere Lärmpegel-

bereiche nachgewiesen werden. Pflanzgebote

§ 9 (1) Nr. 25a BauGB Innerhalb der öffentlichen PKW-Stellfläche an der Grenzstraße werden die vorhandenen Bäume der Bauminseln zum Erhalt festgesetzt und sind bei Abgang durch einen Baum der Sorte Sorbus intermedia 'Brouwers' zur ersetzen. Die baumlosen Grüninseln innerhalb der PKW-Stellfläche sind mit je einem Baum der Sorte Sorbus intermedia 'Brouwers' zu bepflanzen; dieser ist dauerhaft zu erhalten und bei Abgang artgleich zu

Mindestpflanzqualität: Hochstamm, 3 x verpflanzt, mit Drahtballen, Stammumfang 16-18 cm. Innerhalb des festgesetzten flächenhaften Pflanzgebots sind pro angefangene 100m² 25 standortgerechte einheimische Laubsträucher und maximal 2 Laubbäume aus den unter 6.5 aufgeführten Listen zu

pflanzen. Gehölzfreie Teile der Pflanzflächen sind mit Stauden oder

Bodendeckern zu bepflanzen oder mit Rasen einzusäen. Parkstände sind als Schotterrasenflächen oder als teilbefestigte Flächen mit maximal 85 % Versiegelung anzulegen. Die nicht befestigten Anteile der Parkstände sind als Vegetationsfläche auszubilden. Für die Anlage von Schotterrasenflächen ist autochthones Saatgut (Regiosaatgut) der Zone 2 zu verwenden.

Das Niederschlagswasser, das nicht auf den Stellplatzflächen versickert, ist vor Ort über die Vegetationsflächen zu versickern. Die Neigung der Stellflächen ist zur Vegetationsfläche hin auszurichten.

6.5 <u>Pflanzliste standortgerechte Laubbäume</u> Mindestqualität Hochstamm 3xv., Drahtballen, StU 18-20 cm, Feld-Ahorn Acer campestre Hainbuche Carpinus betulus Prunus avium Vogel-Kirsche

> Trauben-Kirsche Prunus padus Trauben-Eiche Quercus petraea Quercus robur Stiel-Eiche Sorbus aucuparia Vogelbeere Tilia cordata

Pflanzliste standortgerechte Sträucher Mindestqualität 2xv., o.B., 100-150 cm Cornus sanguinea Roter Hartriege

Corylus avellana Haselnuss Crataegus monogyna Weißdorn Gemeiner Liguster Ligustrum vulgare Rote Heckenkirsche Lonicera xylosteum Prunus spinosa Hunds-Rose Rosa canina Bibernellblättrige Rose Rosa pimpinellifolia Rosa rubiginosa Wein-Rose Sal-Weide Salix caprea Sambucus nigra Schwarzer Holunder

Bauordnungsrechtliche Festsetzungen § 86 BauO NRW

Dachgestaltung

Als Dacheindeckungsmaterial ist die Verwendung von nicht matten, eloxierten und glasierten Materialien unzulässig. Hiervon ausgenommen sind Solaranlagen.

Werden bei Baumaßnahmen verunreinigte Bodenhorizonte angetroffen, die im Rahmen der Vorerkundung nicht erfasst wurden, so ist unverzüglich der Rhein-Sieg-Kreis Amt für Technischen Umweltschutz, zu informieren und die weitere Vorgehensweise abzustimmen (siehe § 2, Abs.1 Landesbodenschutzgesetz NRW). Gegebenenfalls sind weitergehende Untersuchungen zur Gefährdungsabschätzung (Entnahme von Bodenproben, Durchführung von chemischen Analysen, etc.) zu veranlassen. Alle Maßnahmen im Zusammenhang mit schädlichen Bodenverunreinigungen sind mit dem Amt für Technischen Umweltschutz

abzustimmen. Anbauverbots- und Anbaubeschränkungszone Auf die Bestimmungen des § 9 (1) und (2) FStrG (Fernstraßengesetz) wird

Kampfmittel

Innerhalb des Plangebiets liegt ein diffuser Kampfmittelverdacht vor Bodendenkmäler

Bei Bodenbewegungen auftretende archäologische Funde und Befunde sind der Gemeinde als Untere Denkmalbehörde oder dem LV-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland, Außenstelle Overath, Gut Eichthal in 51491 Overath, Tel. 02206 6030 0 Fax: 02206 9030 22 unverzüglich zu melden. Die Anzeigepflicht entsteht nicht erst dann, wenn eindeutig geklärt ist, dass es sich um Zeugnisse der Geschichte (archäologische Bodendenkmäler) handeln könnte. Bodendenkmal und Fundstelle sind zunächst unverändert zu erhalten. Die Weisung des LV-Amtes für Bodendenkmalpflege für den Fortgang der Arbeiten ist abzuwarten.

Werbeanlagen Auf die Satzung über besondere Anforderungen an Werbeanlagen und

Warenautomaten der Stadt Meckenheim wird verwiesen.

VERFAHRENSVERMERKE

Die Plangrundlage entspricht im Geltungsbereich des Bebauungsplanes den Anforderungen des § 1 der Planzeichenverordnung. Die Darstellung entspricht dem gegenwärtigen Zustand und stimmt mit dem amtlichen Katasternachweis -Stand vom ___. __ überein.

Siegburg, den ___ . ___ . ___ gez.: Kreisvermessungsdirektor Es wird bescheinigt, dass die Festlegung der städtebaulichen Planung geome-

trisch eindeutig ist.

gez.: Kreisvermessungsdirektor Der Rat der Stadt Meckenheim hat gemäß §§ 1 (8) und 2 (1) BauGB am beschlossen, den Bebauungsplan in dem nebenstehend umgrenzten Geltungsbereich aufzustellen.

Meckenheim, den ___.__.

Technischer Beigeordneter Die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB erfolgte am ____, die fühzeitige Unterrichtung der Behörden gemäß § 4 (1) BauGB erfolgte am ___.__.

Meckenheim, den__.__. Technischer Beigeordneter

Der Entwurf des Bebauungsplanes und die zugehörige Begründung haben gemäß § 3 (2) BauGB auf die Dauer eines Monats in der Zeit vom ____ bis __ einschließlich öffentlich ausgelegen. Die betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden gemäß§ 4 (2) BauGB mit Schreiben vom ___. __ unter Fristsetzung bis zum __. __ beteiligt.

Meckenheim, den __.__.

Technischer Beigeordneter Der Bebauungsplan ist aufgrund des § 10 BauGB in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung NW vom Rat der Stadt Meckenheim am ____ als Satzung beschlossen worden.

Meckenheim, den ___. __. Technischer Beigeordneter Die Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses sowie des Ortes der Auslegung gemäß § 10 (3) des Baugesetzbuches ist, da kein Genehmigungsvorbehalt nach

§ 10 (2) BauGB vorlag, am ____ erfolgt. Mit der Bekanntmachung tritt dieser Plan in Kraft. Technischer Beigeordneter

Dieser Urkundsplan wird hiermit ausgefertigt. Meckenheim, ___.__. Technischer Beigeordneter

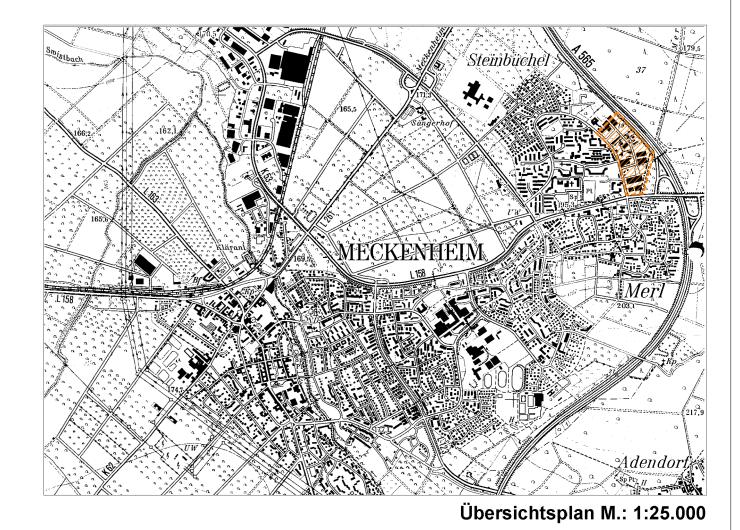
Diese Planausfertigung stimmt mit dem Urkundsplan und den darauf angebrachten Vermerken überein. Meckenheim, den _____

Anlage 6

STADT MECKENHEIM

BEBAUUNGSPLAN NR. 20e "Auf dem Steinbüchel"

M.: 1:1.000



STÄDTEBAULICHE ARBEITSGEMEINSCHAFT STADTPLANER · BERATENDE INGENIEURE Thomas-Mann-Straße 41 · 53111 Bonn · Tel: 0228-227 236 10

Stand:

Offenlage, September 2013